



Betreff: Corona Krisenmanagement und die schrittweise Entwicklung in einen sozialistischen Supra-EU-Nationalstaat

Bezug: Corona-Pandemie



Corona Krisenmanagement und die schrittweise Entwicklung in einen sozialistischen Supra-EU-Nationalstaat

Die Corona Shut-Down Phase wurde elektronisch durch Home-Office gut gelöst, aber fehlende Interaktionen der Menschen haben sich negativ auf Arbeitsinhalte ausgewirkt. Leider haben die Medien kaum über Alternativen, z.B. dem „Schwedischen Weg“ gegenüber dem totalen „Shut-Down“ geschrieben. Kapitalbesitzer waren wieder einmal Nutznießer und in einer privilegierten Situation, da Kapital frei beweglich ist. Sie konnten ihr Geld aus Branchen, Firmen und Staaten herausnehmen, die Risiken minimieren und sind bei aufmerksamer Marktbeobachtung und konservativen Invest-Verhalten auch gut gefahren. Schlimm ist es für Unternehmer gelaufen, die auf bestimmte Branchen und Märkte fixiert sind und ihr Geschäft nicht verlassen konnten.

Man kann nur davon überrascht sein, wie ruhig die Bürger diese Entwicklungen hingenommen haben. Die Bedrohung kommt nie aus dem Wirtschaftlichen und den Beschäftigten her, sondern durch Naturkatastrophen.

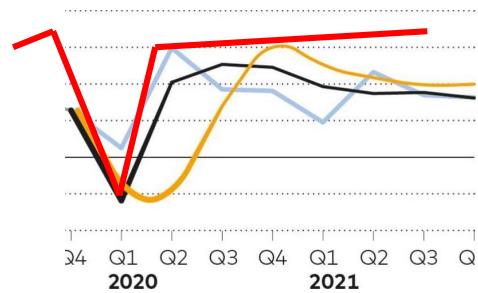
Allerdings ist das Corona-Geschehen überhaupt keine Naturkatastrophe, sondern ein ausschließliches Politikversagen.

Wir lernen jetzt wie dramatisch politische Entscheidungen sein können, denn sie bringen die Demokratie in Gefahr. Wir leben derzeit nicht mehr in einem demokratischen System, sondern ohne tiefgehenden wissenschaftlichen Diskurs werden die Menschen drangsaliert. Das trifft den einfachen Arbeiter, eine kleine Gewerbetreibende ebenso wie den gesamten Mittelstand, im Gegensatz zu jenen, die freies Kapital besitzen und unbelastet, ohne Schulden ihr Geld in einen sicheren Hafen steuern können.

Würden Firmen-Manager eine Krise so managen wie die Politiker in Europa und nicht so smart wie Taiwan, Vietnam, Singapur und Südkorea, dann wäre diese Firma sofort bankrott.

Viel zu spät, viel zu planlos, nicht zielgerichtet und bei der Entschleunigung-Phase nicht viel dazugelernt verdienen unsere Politiker für deren Krisenmanagement eine glatte „5“. Man erkennt den Unterschied zwischen dynamischer und konkurrenzintensiver Wirtschaft einerseits und einem Staatsapparat andererseits, der sich gerne unkontrolliert wie ein Krake ausweitet.

So werden wir in Europa einen Wirtschaftseinbruch zwischen 5-10% erleben, der, selbst im positiven Fall in den kommenden 2-3 Jahren nicht mehr aufzuholen sein wird, sodass wir kommende Dekaden einem 1-2%-Rückstand hinterherlaufen werden. Dabei darf man nicht vergessen, dass wir seit 12 Jahren von einer Krise in die nächste gestolpert sind und bereits vor Corona eine neuerliche Rezession ihren Anfang genommen hat.



Prinzip-Bild

Um dem entgegenzuwirken müssten wir das „Produktionspotential“ erhöhen, entweder einen Zuwachs an erwerbstätigen Personen haben oder man muss die Produktivität steigern.

Mehr erwerbstätigen Personen stehen die Demographie, sowie die Migration von kultur- und arbeitsverweigernder Migranten entgegen und über die Produktivitätssteigerung ist maximal ½% pro Jahr realistisch.

Was sich derzeit auch zeigt, ist der Umstand, dass die produzierenden Unternehmen viel zu wenig verdienen und daher auch viel zu wenig Rücklagen haben, um Krisen überstehen zu können. Selbst börsennotierte Unternehmen haben noch Dividenden ausgeschüttet, obwohl sie zu wenig Rücklagen haben. Viele dieser Unternehmen haben sich auf die Export-Ausweitung und immer neue Werke konzentriert und auf diese Spur verleiten lassen statt auf Erträge und Rücklagen. Unternehmen die 50 und mehr auf dem Markt sind, straucheln bereits, wenn das Wachstum einbricht.

Auch die Investoren sollten sich in Zukunft bescheiden, die Unternehmen nicht auf Teufel komm raus in eine Wachstumsfalle treiben, sondern sich mit 3% Kapital-Rendite zufriedengeben und dem Unternehmen den Aufbau von Rücklagen zur Krisenbewältigung zu ermöglichen.

Die Finanzmärkte lebten in einer Zeit zwischen 1982 und 2020 mit positiver Börsenentwicklung wo die Bilanzsumme der Zentralbank (EZB) 24x schneller gewachsen ist als die Wirtschaftsleistung. Diese Mittel suchten sich einen Hafen.

Was kann nun geschehen? Man käme aus den Schulden heraus, wenn die Wirtschaft stark wächst. Dies ist nicht zu erwarten. Die Konjunktur der vergangenen 12 Jahre war absolut die schwächste und schon vor Corona waren wir tief in einer Rezession. Den Banken mehr Zinsen zuzugestehen brächte mehr Liquidität, ist aber reines Wunschdenken. Wir schlittern in eine Stagflation oder wir blähen weiter die Geldmenge durch die Zentralbank auf und das bei niedrigsten Zinsen.

Damit beginnt nun der politische Amoklauf. Die Politik nützt ja gerne jede Krise für ihre Zwecke. Die insgesamt hohe Verschuldung wird über die EZB Staatspapiere Ankaufprogramme finanziert. Hauptsächlich werden unkontrolliert und unlimitiert durch die EZB überwiegend „faule“ Staatspapiere der hoch verschuldeten Staaten angekauft.

Damit kommen wir zu dem „Wiederaufbau-Fond“ der EZB, der in Wahrheit kein Wiederaufbau-Fond (es ist ja nichts zerstört, das wieder aufgebaut werden müsste), daher eine bewusste Täuschung der Bevölkerung sondern er ist ein „Transfer-Mechanismus“ und das Fundament eines EU-Supra-Nationalstaates ohne jede demokratische Legitimation.

Dieser Fond wird einerseits durch Anleihe-Emissionen der EU gespeist (ist lt. EU-Verträgen Art. 310 ausdrücklich verboten und rechtswidrig, denn der EU-Haushalt muss einnahmen- und ausgabenseitig ausgeglichen gestaltet werden), eine Vorgangsweise, die nur einem Staat zusteht. Zurückgezahlt sollen die Anleihen aus dem Beitragsaufkommen des EU-Budgets und durch zukünftige neue Steuern (z.B. Plastik-, CO2- oder Digital-Steuer) auf EU-Ebene.

Damit wird die EU-Kommission in die Lage versetzt eigenständig Einnahmen zu besorgen. Kann sich die EU selbständig Einnahmen verschaffen, was nur den Nationalstaaten vorbehalten ist, dann entwickelt sich die EU zu einem „Supra-Nationalstaat“, der keine demokratische Legitimation hat.

Die Gelder aus diesem sogenannten „Wiederaufbau-Fond“ werden zu 70% als nicht rückzahlbare Zuschüsse vergeben. Die Kriterien nach welchen ausgezahlt werden sollen nach Maßgabe der Wirtschaftsleistung und des „Pro-Kopf“ Einkommens der vergangenen 5 Jahre und nach Maßgabe der Arbeitslosenquote zu 70%.

Das hat überhaupt nichts mit Corona zu tun!

Da werden also diejenigen Länder belohnt, die in den vergangenen 5 Jahren ihre wirtschaftspolitischen Hausaufgaben nicht gemacht haben. 30% des „Wiederaufbau-Fonds“ sollen nach Maßgabe des BIP-Rückganges durch Corona (2020-2021) ausgeschüttet werden. Das lässt aber auch die kritische Anmerkung zu, dass dann auch jene Länder belohnt werden, die sich mangelhaft auf mögliche Krisen vorbereitet haben.

Damit werden Reformverweigernde Staaten durch Transferzahlungen belohnt und jeder Anreiz zu Reformen weggenommen.

Da die Rückzahlungen durch die Netto-EU-Budget-Zahler getragen werden ist dieser „Wiederaufbau-Fond“ ein reiner „Transfer-Fond“.

Transferzahlungen innerhalb einer Nation mit gleicher Identität sind konfliktfrei, aber in einer EU mit unterschiedlichen Kulturen, dann wird das früher oder später Europa spalten oder gar zu militärischen Auseinandersetzungen führen.

Damit wäre aus einem ursprünglich als Wirtschaftsgemeinschaft konzipierten Friedensprojekt eine demokratisch nicht legitimierte „Politische Union“ zu einem Spaltpilz geworden. Eines Tages werden bestenfalls einige Staaten dem UK-Beispiel folgen.

Wir gehen schweren Zeiten und Entscheidungen entgegen.

Wir leben längst in keiner Demokratie mehr. Wir wählen alle vier Jahre eine Partei und danach machen die Politiker/Parteien was sie wollen.

Zu den wichtigen Entscheidungen, ob wir den Euro haben möchten, ob wir wollen das Portugal oder Griechenland zum Euro gehören, ob wir überhaupt eine „Politische Union“ statt einer Wirtschaftsgemeinschaft wollen wurde entweder niemand gefragt oder wie bei letzterer Frage trotz negativen Bürger-Votum in einigen Staaten dennoch durchgesetzt.

Dank Corona wird das System nun schneller an die Wand gefahren. Es ist nur mehr die Frage, wer oder was löst den Crash aus und wann wird er kommen. In den letzten 30 Jahren haben sich die Top-Leute aus der Politik zurückgezogen sind Unternehmer, Wissenschaftler oder Manager und vermögende Leute geworden, sodass nun die Schwachen und Inkompetenten die Politik beherrschen. Mit fatalen Folgen für uns alle.

Nach dem Krieg waren Leute durch den Krieg so aufgerüttelt, dass sie ihren eigenen Egoismus zurückgestellt haben und ihr Leben einer Sache gewidmet. So ist nach dem Krieg durch unsere Großeltern und Eltern die soziale Marktwirtschaft und damit der Wohlstand in Europa geschaffen worden. Politiker hatten ein großes Kaliber egal von welcher Partei sie kamen.

Solche Kaliber sind heute nicht mehr am Ruder!

Leider hat die Schwachleistung der Politik inzwischen die ganze Welt ergriffen. Die Medien und diverse Systeme werden diese noch eine Weile am Leben erhalten.

Wer es den kommenden Generationen gut meint, wird seinen Kindern raten auf diesen Zug nicht aufzusteigen und mitzufahren und sich Kompetenzen zu erwerben und Leistungsbereitschaft mitzubringen. Denn Wohlstand wird durch Menschen mit Passion und Leistungsbereitschaft und nicht durch Politiker geschaffen.

Denn es ist klar erkennbar, dass die Geldschwämme-Politik und der aktuelle Euro (ein negatives Kunstprodukt der Politik) am Ende sind.

Das Schlimmste ist aber, dass man früher solche Diskussionen offen und öffentlich führen konnte und dass das nicht mehr erwünscht ist und durch gleichgeschaltete (öffentlich unter dem Titel „Corona“ zusätzlich geförderte) Medien und Gesetze aktiv behindert wird.

Inzwischen ist klar, dass alle diese Rettungsprogramme EU-Rechts- und Verfassungswidrig sind und nur mit der Corona-Pandemie erklärt werden können. Es stellt sich daher die Frage, werden wir auch in Zukunft bei jeder Gelegenheit eine neu „Corona-Krise“ erleben.

Mit diesen sogenannten Krisen wird Angst und Panik bei den Bürgern erzeugt um die sogenannten Rettungsmaßnahmen, die mit jeder Krise die Schulden in Sprüngen ausgeweitet haben und in Wahrheit nie mehr zurückgezahlt werden können, zu tarnen.

Nach keiner der Krisen (Griechenland-, Portugal-, Irland-, Spanien und der aktuellen Frankreich-Krise) wurden die zur Verfügung gestellten Gelder aus Krediten auch nur im Ansatz zurückbezahlt und Schulden sind nur dann Schulden, wenn es einen Tilgungsplan gibt.

Daher zimmern Politiker immer wieder an „Krisen“ um mit immer größeren (EZB – rechts- und verfassungswidrigen) Rettungspaketen alte und neue Verbindlichkeiten zu bedienen und die Einflussmöglichkeiten der Politik zu erweitern.

Dieser sozialistische Weg zu einem EU-Schattenstaat kann nicht gut gehen!

Zum Unterschied zur Nachkriegs-Sanierungspolitik in den 40-iger und 50-iger Jahren (hohe Inflation, niedrige Zinsen, aber hohes reales Wachstum und daher Akzeptanz der Bürger) wird die Geldpolitik der EZB mit einer schon bald zu erwartenden anwachsenden Inflation ohne möglicher Zinsintervention (diese sind schon jetzt bei null) und auch auf Sicht fehlendem realen Wachstum in allen EU-Staaten zu großer Unzufriedenheit der Bürger bis hin zu Unruhen führen.

Hätte die EZB die Zinsen angehoben (die sie aus Rücksicht auf Italien und deren Schulden-Tragfähigkeit niedrig hält), dann wäre es zwar in den EU-Südländern zu einer Rezession kommen, mit andauernd niedrigen EZB-Zinsen wird es aber, sobald die Konjunktur wieder einigermaßen anspringt (hohes reales Wachstum ist nicht mehr zu erwarten) zu einer Hyperinflation kommen.

Wenn im Herbst 2020 und Frühjahr 2021 die Insolvenzkrise voll durchschlägt, werden sich die staatlichen Eingriffe auf die Banken mit dem Corona-bedingten Aussetzen von Tilgungen auf diese negativ durchschlagen und möglicherweise eine Banken-Krise auslösen.

Die geplanten staatlichen Förderprogramme (Subventionen in Unternehmen) in neue Technologien, Digitalisierung und einen Green Deal, die die zu erwartende hohe Arbeitslosigkeit ausgleichen sollen sind, wenn sie an richtige innovative Unternehmen mit gesunden Strukturen und guten Mitarbeitern durchaus sinnvoll, allerdings hat sich der Staat als Investor noch nie durch eine gute Hand ausgewiesen. Veraltete Unternehmensstrukturen durch staatliche Subventionen am Leben zu erhalten bedeuten ein „wasted investment“.

Staatliche Förderungen sollten daher eher in die Förderung von Talenten, Qualitative Ausbildung, Anwerbung von Spitzenforschern an Universitäten und die finanzielle Dotierung von deren Instituten und Forscherstellen, aber auch in Richtung „Qualitativer- und kulturkompatibler Zuwanderung“ und Stopp unqualifizierten sowie kultur-inkompatibler Massenzuwanderung und deren hohen Erhaltungskosten, gehen. Statt der Verbreitung von Angst und Panik, sollte die Förderung von Zuversicht und Motivation stehen.

Wir erleben zurzeit in der ganzen EU einen totalen Wechsel im Wirtschaftssystem von der freien, sozialen Marktwirtschaft zu einem sozialistischen Wirtschaftssystem. Der Staat hat aber nicht das Wissen und die Kompetenz zu beurteilen wo am Besten die Produktionsfaktoren in Zukunft eingesetzt werden.

Dieses Wissen gibt es nur bei den Unternehmern, den Anlegern und den Sparern, die durch Konsumverzicht bereit sind, ihr Geld den Investoren zur Verfügung stellt. In dieser sozialistischen Transformation aber sieht sich der Staat als Kapitän an und bestimmt wohin die Gelder fließen. Aus der Vergangenheit wissen wir aber, dass dieser Weg immer in die Katastrophe geführt hat, zur Verschwendung von Steuergeldern, zur Verschwendung von Ressourcen und letztlich zu Investitionsruinen.

Das Teuflische an dieser Entwicklung ist der Umstand, dass man diese Entwicklungen kaum merkt, schließlich kennt man nicht das Ergebnis, das es ohne diese staatlichen Interventionen gegeben hätte. Dieses Referenzszenario, wie wäre es ohne „Energiewende“ oder ohne „Green Deal“ gelaufen, kennen wir eben nicht.

Beispiel dazu: in den 80-iger Jahren haben diverse Zentralbanken, die die Erkenntnis hatten, dass Gold etwas so Veraltetes sei und keinen Ertrag brächte, haben die um rund 250\$ die Unze Gold auf den Markt geworfen. Heute repräsentiert die Unze Gold um 1800 \$. Wenn also ein Bürokrat zur Erkenntnis kommt, dass etwas keine Zukunft hätte, dann ist es ganz sicher etwas mit Zukunft. Ein weiteres Beispiel wäre der Verkauf der Bundeswohnungen, also von Immobilien, die insbesondere in Krisen an Wert (bis zu tausendfach) zulegen.

In diesem Zusammenhang muss man auf den berühmten österreichischen Wirtschaftswissenschaftler (Österreichische Schule) **Ludwig von Mises**¹ (*staatliche Interventionen ziehen immer weitere nach sich und führen schließlich zum Sozialismus, der wiederum zu einer radikalen Senkung des allgemeinen Wohlstands führe*) zu sprechen kommen, der schon in den 20-iger Jahren Bücher gegen den damaligen Mainstream darüber geschrieben hat, dass der Sozialismus nicht funktionieren kann, was sich in den 80-iger Jahren dann auch bestätigt hat. Er hat auch eine Konjunktur-Theorie entwickelt und die Zinspolitik der Zentralbanken kritisiert.

Den jungen Menschen und der kommenden Generation möchte ich den Rat mitgeben, wieder zur Wahrheit und einen kontroversiellen Diskurs zurückzukehren und mit den beschrittenen Irrwegen aufzuhören.



¹ Ludwig Heinrich Edler von Mises (* 29. September 1881 in Lemberg, Österreich-Ungarn; † 10. Oktober 1973 in New York, ab 1919: Ludwig Heinrich Mises (Adelsaufhebungsgesetz)) war ein österreichisch-amerikanischer Wirtschaftswissenschaftler und Theoretiker des klassischen Liberalismus und Libertarismus. Er gilt als einer der wichtigsten Vertreter der Österreichischen Schule der Nationalökonomie im 20. Jahrhundert.